
2589/J XXII. GP

Eingelangt am 26.01.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Günther Kräuter, Gradwohl
und GenossInnen
an den Bundeskanzler
betreffend Staatsvertrag für Eurofighter-Gegengeschäfte zugunsten des
Stationierungslandes Steiermark

In der Pressestunde am 4.5.2003 haben Sie auf den Vorwurf, Sie hätten zur Finanzierung der Eurofighter im Wahlkampf gesagt, dass eine Wirtschaftsplattform diese Abfangjäger letztendlich bezahlen werde und aus dem Budget kein Euro und kein Cent fließen werde, damit beantwortet, dass Sie „versucht haben, dieses Thema einwenig von den Emotionen herauszuholen ...“. Eine Wirtschaftsplattform ist nie entstanden, die Eurofighterfinanzierung wurde mit ÖVP- und FPÖ-Stimmen im Nationalrat dem Steuerzahler per Gesetz aufgezwungen und die bisherige Gegengeschäftsbilanz pendelt zwischen nachweislichen Mitnahmeeffektversuchen und aufgedeckten Skandalen.

Nachdem durch die beispiellose Inkompetenz der zuständigen Landespolitiker Waltraud Klasnic und Gerhard Schöpfer vernichteten Red-Bull-Projekt in Spielberg stehen die Zukunftsperspektiven der Bevölkerung des Aichfeldes im wahrsten Sinne des Wortes vor einem Trümmerhaufen. Da der Bevölkerung der westlichen Obersteiermark die Belastungen der Stationierung aller Eurofighter zugemutet werden, wäre es fair und gerecht, mögliche Betriebsansiedelungs-Gegengeschäfte bevorzugt in der Region Aichfeld zu tätigen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler nachstehende

Anfrage:

1. Teilen Sie die Auffassung, dass es fair und gerecht wäre, Betriebsansiedelungs-Gegengeschäfte mit EADS vorerst bevorzugt in der Region Aichfeld zu tätigen?
2. Sind Sie bereit, eine derartige Begünstigung für die von den Belastungen der Abfangjägerstationierung betroffenen Bevölkerung mit einem Staatsvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Bundesland Steiermark verbindlich zu gestalten?
3. Halten Sie eine derartige Begünstigung der Steiermark als Stationierungsland bis zum von der steirischen Landeshauptfrau Waltraud Klasnic versprochenen Gegengeschäftsvolumen von einer Milliarde Euro für fair und gerecht?
4. Teilen Sie die Auffassung, dass nach dem Zuschlag für die teuersten Abfangjäger mit dem Argument der besten Gegengeschäfte eine nunmehrige Stützung von Gegengeschäften mit Steuergeld der Bevölkerung nicht zuzumuten ist und klar zwischen Gegengeschäften als Gegenleistung für das Grundgeschäft „Eurofighterankauf und mit Steuergeldern subventionierten Wirtschaftsprojekten unterschieden werden muss?